

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

2. Sitzung

am Freitag, dem 5. Mai 2000, 10:00 Uhr
in der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein, Sankelmark

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Arno Jahner (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Gisela Böhrk (SPD)

Tagesordnung:	Seite
1. Ein Jahr Europäische Akademie Schleswig-Holstein - eine Zwischenbilanz	4
(Vorsitzender des Vorstandes der EASH, Dr. Jürgen Schöning)	
2. Vorstellung des ECMI (European Centre for Minority Issues)	6
(Direktor des ECMI, Marc Weller)	
3. Politische und wirtschaftliche Situation des Gebietes Kaliningrad	8
(Generalkonsul der russischen Föderation in Hamburg, Victor S. Butyaev)	
4. Stand der Umsetzung der Abkommen mit Kaliningrad	
a) Abkommen über die Parlamentarische Zusammenarbeit	11
(Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Dr. Jürgen Schöning)	
b) Abkommen über die Zusammenarbeit auf Regierungsebene	12
(Leiter der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei, Werner Kindsmüller)	
5. Terminplanung des Europaausschusses	14
6. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Ein Jahr Europäische Akademie Schleswig-Holstein
- eine Zwischenbilanz**

(Vorsitzender des Vorstandes der EASH, Dr. Jürgen Schöning)

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung durch den Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Dr. Schöning, stellt der Akademiedirektor, Herr Pelka, dem Ausschuss mittels einer Multimedialvorführung zunächst das Gebäude, in der die Europäische Akademie Schleswig-Holstein untergebracht ist, die Entstehungsgeschichte, Arbeitsbereiche, Themenschwerpunkte und Mitgliedsinstitutionen der Akademie sowie eine Bilanz der Arbeit der letzten Jahre vor (Anlage 1).

Im Anschluss daran zieht Herr Dr. Schöning eine Bilanz über ein Jahr Europäische Akademie Schleswig-Holstein in Sankelmark. Dabei nimmt er auf die von Herrn Pelka beschriebene positive Teilnehmerbilanz seit Zusammenlegung der Akademie Sankelmark mit der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein Bezug. Es sei natürlich sehr erfreulich - so Herr Dr. Schöning -, dass die Akademie zum ersten Mal seit Jahren im Jahr 1999 ein leichtes finanzielles Plus erwirtschaften konnte. Weiter legt er dar, welche Überlegungen zur Zusammenlegung der beiden Akademien geführt hätten und stellt anschließend fest, dass sich die Errichtung der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in der jetzigen Form in jeder Hinsicht bewährt und sich die Akademie etabliert habe.

Im Mittelpunkt seiner weiteren Ausführungen stehen die drei Säulen, nämlich die Europaakademie, die Europäische Justiz- und Rechtsakademie und die Europäische Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten, die die Basis der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein bildeten. Den genannten drei Säulen seien jeweils Arbeitskreise zugeordnet, in denen zum Teil hochkarätige Personen aus dem politischen und nicht politischen Raum ehrenamtlich mitarbeiteten.

Zur Rechtsakademie führt Herr Dr. Schöning aus, diese sei als Reaktion auf Hinweise aus der Justiz- und Anwaltschaft darauf gegründet worden, dass bei den Praktikern nur bedingte Kenntnisse über die Rechtssysteme der Nachbarstaaten, insbesondere im Ostseeraum, vorhanden seien. Die Akademie habe das zum Anlass genommen, in enger Zusammenarbeit mit der

deutsch-nordischen Juristenvereinigung Projekte und Veranstaltungen zu initiieren. Als wichtige Projekte nennt Herr Dr. Schöning zum einen den geplanten Kurs für Rechtsreferendare, der als Ausbildungsstation im Referendariat anerkannt werden solle, und zum anderen das Projekt BINE (Baltic Sea Information and Education Network Europe) mit dem die Akademie versuche, Aufbauhilfe bei der Einrichtung von Europahäusern im Ostseeraum zu leisten.

Herr Dr. Schöning schließt mit der Bitte an den Ausschuss, die Akademie bei der Erfüllung der genannten Aufgaben, vor allem bei der Verwirklichung des Konzeptes BINE in Zukunft tatkräftig zu unterstützen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des ECMI (European Centre for Minority Issues)

(Direktor des ECMI, Marc Weller)

Der Direktor des ECMI, Herr Weller, stellt dem Ausschuss die Zusammensetzung, Organisation und Zielsetzung der Arbeit des ECMI vor. Dabei bezieht er sich auf das dem Ausschuss vorgelegte Informationsmaterial (Anlage 2).

In der anschließenden Aussprache möchte Abg. Dr. Kötschau zunächst wissen, ob sich Herr Weller mit bestimmten Regionen Europas besonders intensiv beschäftige. Herr Weller antwortet, dass er selbst von Haus aus Völkerrechtler sei, er aber oftmals als Balkanexperte verstanden werde, da er sich dort in den letzten Jahren stark engagiert habe. So sei er einer der Anwälte von Bosnien-Herzegowina im Prozess wegen Völkermordes vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Auf die Frage von Abg. Rodust, ob das ECMI nach Abschluss der von ihnen durchgeführten Seminare und Kolloquien in Krisengebieten weitere Zusammenkünfte zwischen den Konfliktparteien und Mitarbeitern des ECMI selbst anböte, sozusagen eine Nachbereitung stattfindende, erklärt Herr Weller, dass ein Ziel seiner Arbeit als neuer Direktor des ECMI die Verstärkung solcher Nachbereitungsprozesse sein werde. Wenn sich das ECMI um Projekte bemühe, müsse Follow up dazu gehören, um den Dialog der Parteien auch nach Ende des Seminars fortzusetzen.

Abg. Behm möchte wissen, ob Herr Weller die Situation auf dem Balkan als aussichtslos bezeichnen würde. Herr Weller führt aus, seiner Erfahrung nach seien Probleme sehr stark an einzelnen Persönlichkeiten festzumachen. Deshalb müsse man versuchen, im Kosovo die Intellektuellen anzusprechen, die möglicherweise die nächste Regierung bilden könnten. Die jetzt heranwachsende neue Führungsriege habe eine ganz andere Sichtweise, wünsche eine multikulturelle Identität für den Kosovo, suche die Einbindung in Europa und wolle sich als weltoffen und nicht in Nationalitätenfragen befangen darstellen. Aus diesem Grund müsse versucht werden, diesen heranwachsenden Führungskräften eine Artikulationsmöglichkeit zu bieten und dadurch auf die sehr festgefahrenen Strukturen Einfluss zu nehmen. Für das nächste Jahr bestehe die einzige Chance für die UN, die OSZE und andere Organisationen nur darin zu versuchen, die Situation zu stabilisieren und einen neuen Ausbruch von militärischen Konflikten zu verhindern. Er rechne damit, dass sich die politische Situation schon nach den Kommunalwah-

len im Oktober dieses Jahres im Kosovo etwas verändern werde und vielleicht im nächsten Jahr landesweite Wahlen stattfänden, bei der eine neue Führung ins Amt gewählt werde. Mit dieser könnten dann wirkliche Änderungen herbeigeführt werden. Das ECMI versuche, diesen Prozess mit voranzutreiben.

Abg. Ehlers möchte wissen, wie es im Kosovo vor Ort aussieht und ob sich die Befreierrolle der dort stationierten internationalen Truppen langsam zu einer Besatzerrolle umwandle. Herr Weller berichtet, dass zum Teil Serben in Stacheldraht eingezäunten Gebieten lebten, aus denen sie sich nicht heraustrauten und die Lage insgesamt im Kosovo als sehr schlecht bezeichnet werden könne. Kleine Gruppen, oft ehemalige Mitglieder militärischer Organisationen, prägten und bestimmten das Klima der gesamten Bevölkerung.

Ihm persönlich mache die Frage, wann die NATO vom Befreier zum Besatzer werde, besonders viel Sorge. Das Problem der UN-Friedensmission bestehe darin, dass sich die Staaten im Sicherheitsrat nicht darüber einig seien, was sie eigentlich für den Kosovo wollten. Während sich die Friedensmission vor Ort auf der zivilen Seite sehr gut entwickelten, blockierten die vier mächtigen Staaten im UN-Sicherheitsrat einerseits eine selbstständige Lösung durch den UN-Verwalter, andererseits machten sie aber auch den lokalen Parteien vor Ort keine Vorgaben, aus denen sich ein Prozess entwickeln könne, in den sie eingebunden seien, und der sie dann davon abhalte, die radikale Lösung zu wählen, nämlich sich gegen die NATO-Präsenz zu stellen. Herr Weller erklärt, die UN müsse sich endlich auf eine Strategie einigen, mit der den Konfliktparteien eine Perspektive gegeben werde.

Abschließend führt Herr Weller zu Fragen von Abg. Ritzek und Abg. Jahner über die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen aus, dass sich das ECMI immer um eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bemühe. Die Geschäftsführerin des ECMI, Frau Voss, ergänzt im Zusammenhang mit der Frage von Abg. Jahner zur Zusammenarbeit mit der Schülergruppe „Schüler helfen Leben“, bisher habe das ECMI noch nicht mit „Schüler helfen Leben“ zusammengearbeitet. An einer Ausweitung der Kontakte zu anderen Organisationen sei das ECMI jedoch sehr interessiert. Abg. Jahner bietet an, den Kontakt zu „Schüler helfen Leben“ herzustellen.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Frage von Abg. Ritzek führt Herr Weller aus, dass sich das ECMI bemühe, seine Projekte so praxisorientiert und auf den Kunden zugeschnitten wie möglich anzubieten. Das ECMI führe eine praxisnahe Forschung durch und erstelle konkrete Analysen in Bezug auf spezifische Themen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Politische und wirtschaftliche Situation des Gebietes Kaliningrad

(Generalkonsul der russischen Föderation in Hamburg, Victor S. Butyaev)

Der Generalkonsul der russischen Föderation in Hamburg, Herr Butyaev, berichtet dem Ausschuss über die politische und wirtschaftliche Situation des Gebietes Kaliningrad. Zunächst definiert er den Status des Gebietes Kaliningrads nach dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion als ein isoliertes Territorium mit dem Status einer Enklave. Die russische Föderation messe dem Gebiet großes politisches Interesse bei, besonders was die Bedeutung des Gebietes für die Ostseekooperation als Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa angehe. So sei die Region unter anderem Mitglied im Ostseerat und bei der Ostseeparlamentarierkonferenz, aktive Partnerschaften pflege es mit den Nachbarstaaten Litauen, Polen und Dänemark. Das Kaliningrader Gebiet unterhalte außerdem besonders enge Beziehungen zu Schleswig-Holstein auf Regierungs-, parlamentarischer und regionaler Ebene.

Herr Butyaev berichtet weiter, trotz der äußerst günstigen wirtschaftlichen und geographischen Lage Kaliningrads mit einem eisfreien Hafen und einem guten Verkehrsnetz, habe die Region zurzeit mit großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die mit der Neuorientierung auf die ausländischen Nachbarn des Territoriums zusammenhängen. Bis zu 80 % der Lebensmittel importiere die Region Kaliningrad aus dem Ausland.

Seit 1996 - so fährt Herr Butyaev fort - existiere in Kaliningrad eine freie Wirtschaftszone, ausländische Investoren seien mit ihrem Kapital an etwa 15.000 Betrieben beteiligt. Als wichtigste ausländische Partner nennt er die Länder Litauen, Polen, Weißrussland und Deutschland. Er erklärt, das Gebiet brauche neben finanziellen Hilfen in erster Linie rechtliche Rahmenbedingungen, um seine Existenz für die Zukunft zu sichern. Erste Abkommen über Transitregeln, Visaregeln, den Grenzverkehr und die überregionale Zusammenarbeit und Ähnliches mit den Nachbarstaaten seien schon abgeschlossen worden. Aber nach der Osterweiterung der Europäischen Union sei damit zu rechnen, dass Kaliningrad von den Nachbarländern isoliert werde und die bisherigen Erfolge der Zusammenarbeit wieder zunichte gemacht würden. Ziel müsse es deshalb sein, für das Gebiet Kaliningrad günstige Außenrahmenbedingungen zu schaffen, damit die Lebensfähigkeit des Gebietes Kaliningrads als Teil der russischen Föderation auch bei einer Neugestaltung der Europäischen Union gewährleistet bliebe. Dabei hinge sehr viel davon ab, betont Herr Butyaev, wie Polen und Litauen den Übergang in die Europäische Union - insbesondere was den Zoll- und Grenzverkehr angehe - durchführen werden, inwieweit sie

dabei die Interessen Kaliningrads berücksichtigten. Einen ersten Anlass zur Besorgnis habe es gegeben, als Polen im Januar 1999 und Litauen im Februar 1999 einseitig eine Reihe von Maßnahmen getroffen hätten, mit denen die Grenzzulassungsregeln verschärft worden seien. Kaliningrad befürchte, dass weitere Maßnahmen der beiden Länder auf dem Gebiet der Ökologie, Wirtschaft, Medizin, des Zoll- und Grenzverkehrs und so weiter folgten.

Herr Butyaev erklärt, zurzeit bestehe ein visafreier Verkehr zwischen Litauen und Kaliningrad. Sobald Litauen jedoch Mitglied der Europäischen Union werde, werde sich das ändern. Eine Weitergeltung der Visafreiheit zwischen den beiden Ländern könne aber eventuell durch die Anwendung der Regelungen des Schengener Abkommens - natürlich nur für die ständig in Kaliningrad wohnende Bevölkerung - erreicht werden. Bisher gebe es zwar keinen Präzedenzfall für eine solche Regelung, aber Kaliningrad hoffe - so führt Herr Butyaev aus -, dass die Europäische Union zu einem solchen Kompromiss bereit sein werde.

Herr Butyaev ergänzt, außerdem müsse zwischen Russland und der Europäischen Union ein Abkommen darüber geschlossen werden, das das Kaliningrader Gebiet als Subjekt der russischen Föderation auch nach der EU-Erweiterung schütze. Herr Butyaev schließt seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass durch ein solches Abkommen die Region Kaliningrad für die russische Föderation zu einem Pilotprojekt werden könne, aus der sich eine enge Zusammenarbeit der russischen Föderation mit der Europäischen Union im 21. Jahrhundert entwickeln könne.

In der anschließenden Diskussion greift Abg. Ehlers die von Herrn Butyaev dargestellte Versorgungssituation des Gebietes Kaliningrad auf und bezeichnet es als erschreckend, dass 80 % der Versorgung durch das Ausland stattfinde. Er erklärt, dass die Bundesrepublik bei ihren Bemühungen, Aufbauhilfe in Kaliningrad zu leisten, auf große Schwierigkeiten stoße. So nehme die Grenzabfertigung nach Kaliningrad oftmals sechs bis acht Stunden in Anspruch und neuerdings müssten für die Hilfslieferungen Zölle gezahlt werden. Er richtet deshalb die Frage an Herrn Butyaev, ob Aussicht darauf bestehe, dass in Zukunft Hilfstransporte, hinter denen anerkannte caritative Einrichtungen, Institutionen wie zum Beispiel die Kirche oder auch Gebietskörperschaften stünden, schneller abgefertigt würden und ihre Waren nicht verzollt werden müssten. Herr Butyaev erklärt, dass hier zwischen humanitären Hilfsgütern und Geschenklieferungen unterschieden werden müsse. Nur die humanitären Hilfstransporte unterfielen nicht der Zollpflicht. Er fährt fort, dass er die Sorge von Abg. Ehlers durchaus verstehen könne, sich im Moment die Gesetzgebung auf diesem Gebiet aber noch in einer Übergangsphase befinde, die mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Es brauche noch sehr viel Zeit, bis sich die Situation normalisiert habe.

Abg. Behm fragt, ob die Oblast Kaliningrad für Russland als militärische Region noch eine Rolle spiele. Herr Butyaev antwortet, dass sich dort ein Stützpunkt der russischen Armee befinde und deshalb ein militärischer Faktor in alle Fragen, die mit Kaliningrad zu tun hätten, hineinspiele. Dies müsse vor allem berücksichtigt werden, wenn es um die NATO-Erweiterung gehe.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Dr. Kötschau zur Veränderung der Situation Kaliningrads nach der Neuwahl des russischen Präsidenten Putin berichtet Herr Butyaev, dass es bisher nur wage Stellungnahmen und Deklarationen des neuen Präsidenten gegeben habe. Er hoffe aber sehr, dass die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen mit der neuen Führung effizienter gestaltet werden könnten und sich dadurch auch die regionalen Beziehungen verbessern.

Herr Butyaev führt im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Harms aus, dass es seines Wissens nach keine Probleme mit Minderheiten im Gebiet Kaliningrad gebe.

Abg. Ritzek schlägt vor, der Europaausschuss oder die Landesregierung solle die Bundesregierung auf die besondere Situation Kaliningrads hinweisen und sie auffordern, Reformprojekte im Gebiet Kaliningrad zu unterstützen. Herr Butyaev erklärt, dass jede Initiative, die die Interessen Kaliningrads unterstütze, zu begrüßen sei. Er weise aber darauf hin, dass dabei immer zu berücksichtigen sei, dass Kaliningrad nach der Verfassung der russischen Föderation kein Subjekt des internationalen Rechts als solches sei. Deshalb dürfe die Region nicht selbstständig ohne Koordinierung mit Moskau internationale Verhandlungen führen oder sich selbst rechtliche Regelungen schaffen. Dieser Aspekt müsse bei allen Initiativen beachtet werden, da Moskau diese Grenzen der Souveränität Kaliningrads weiter beibehalten wolle.

Abg. Rodust knüpft an die Ausführungen von Herrn Butyaev an und fragt, was der Ausschuss tun könne, um die Entwicklung Kaliningrads zu unterstützen. Herr Butyaev betont, dass ein großes Potential in der Intensivierung von regionalen Beziehungen, vor allem zwischen den Regionen im Ostseeraum, liege. Dort sei die Region Kaliningrad neben anderen Subjekten der russischen Föderation vertreten. Innerhalb dieser Strukturen müssten die Beziehungen weiter ausgebaut werden.

Abschließend verweist Herr Butyaev noch einmal auf die schon jetzt bestehenden guten partnerschaftlichen Beziehungen zu Schleswig-Holstein auf Regierungs-, Parlaments- und regionaler Ebene. Diese Potentiale gelte es in Zukunft noch weiter auszuschöpfen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Stand der Umsetzung der Abkommen mit Kaliningrad

a) Abkommen über die Parlamentarische Zusammenarbeit

(Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Dr. Jürgen Schöning)

L Dr. Schöning bezieht sich in seinen Ausführungen auf das den Ausschussmitgliedern vorgelegte Papier über die „Umsetzung des Memorandums über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma“ (Anlage 3). Er erklärt, dass sich aus der Übersicht ergebe, dass den bloßen Worten im Abkommen über die parlamentarische Zusammenarbeit inzwischen Taten in Form verschiedenster Projekte gefolgt seien. Dabei gebe es Überschneidungen mit Regierungsaktivitäten. L Dr. Schöning betont, dass auf mehreren Gebieten eine sehr enge Kooperation mit der Landesregierung stattfinde.

Im Folgenden geht L Dr. Schöning auf einige Projekte näher ein. So hebt er besonders die agrarwissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der CAU Kiel und der Kaliningrader staatlichen technischen Universität hervor, die aus dem Ausschuss heraus ins Leben gerufen worden sei. Das Parlament versuche weiter, insbesondere Hilfestellung bei dem Aufbau parlamentarischer Strukturen und dem Aufbau einer Zivilgesellschaft zu leisten. In diesem Zusammenhang weist er auf die Auftragsvergabe für eine Explorationsstudie Kaliningrad des Schleswig-Holsteinischen Landtages an das SCHIFF hin, die das Thema „Identifikation der am Aufbau einer Zivilgesellschaft in Kaliningrad beteiligten Akteure, Potentiale für Kooperationsprojekte“ trage. Aus dem kürzlich vorgelegten Zwischenbericht ergebe sich das überraschende Ergebnis, dass in Kaliningrad eine weit verbreitete Zivilgesellschaft bestehe. Dem Ergebnis der Studie könne also mit großem Interesse entgegengesehen werden und er hoffe - so L Dr. Schöning -, dass die Studie dann auch Gegenstand einer Aussprache im Europaausschuss werde.

Als weitere Projekte im Zusammenhang mit dem Abkommen über die parlamentarische Zusammenarbeit mit Kaliningrad nennt er das Kieler-Woche-Gespräch und eine geplante Fortbildung in der zweiten Hälfte des Jahres für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, insbesondere der Parlamentsverwaltung der Kaliningrader Gebietsduma.

L Dr. Schöning resümiert, all die angesprochenen kontinuierlich durchgeführten Projekte zeigten, dass den wichtigen Worten, die im Memorandum niedergelegt seien, auch Taten folgten.

b) Abkommen über die Zusammenarbeit auf Regierungsebene

(Leiter der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten der Staatskanzlei, Werner Kindsmüller)

AL Kindsmüller weist zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, dass dem Ausschuss mit der Vorlage des Ostseeberichtes bereits im Juni dieses Jahres eine ausführliche Übersicht über den Stand der Beziehungen zu Kaliningrad vorgelegt werden wird. Deshalb werde er jetzt nur auf einige wenige Punkte eingehen.

AL Kindsmüller bezeichnet ebenso wie L Dr. Schöning die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem Landtag als sehr gut. Die Landesregierung habe zusammen mit dem Landtag bei einem Seminar Ende vergangenen Jahres acht Projekte formuliert, die mit Kaliningrad zusammen durchgeführt werden sollten. Die Palette dieser Initiativen reiche von der Fortsetzung bei der Zusammenarbeit der Ausbildung der Polizei, insbesondere bei der Verbrechensbekämpfung, über die Unterstützung im Bereich der Agrarfachleute, der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kinderheimen, einer Qualifizierung und eines Erfahrungsaustausch von Fachleuten, bis hin zum Bereich der Planung. Beispielsweise sei gerade ein Projekt in Vorbereitung, bei dem es um die Kurische Nehrung und Kurische Haff gehe. Es werde versucht, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Regionen ein tourismusorientiertes aber auch ökologisches Entwicklungskonzept für diese Landschaft zu erstellen.

AL Kindsmüller berichtet weiter, für die zweite Jahreshälfte sei eine Präsentation der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Gebiets Kaliningrads in Norddeutschland geplant. Dies sei besonders wichtig, damit unter anderem über die Möglichkeiten einer Sonderwirtschaftszone aufgeklärt werden könne.

Weiter informiert AL Kindsmüller den Ausschuss darüber, dass im März 2000 auf Initiative der Landesregierung hin in Kooperation mit der Europäischen Kommission eine Delegationsreise des Leiters der internationalen Abteilung der Gebietsverwaltung und des Leiters der Vertretung des russischen Außenministeriums für Kaliningrad nach Brüssel stattgefunden habe. Im Mittelpunkt der Gespräche hätten die Fragen, die Generalkonsul Butyaev angesprochen habe, nämlich die künftige Rolle Kaliningrads nach dem Beitritt Litauens zur Europäischen Union,

gestanden. AL Kindsmüller betont, diese Gespräche seien sehr wichtig gewesen, um der Kommission die Situation Kaliningrads vor Augen zu führen, insbesondere die Visaproblematik.

Als letztes Projekt nennt er eine Konferenz im Auftrag von BSSSC, die auf Initiative Schleswig-Holsteins und unter der Schirmherrschaft des Ostseerates im Herbst dieses Jahres in Kaliningrad stattfinden werde. Auf der Konferenz sollten die praktischen Kooperationsprojekte, die auf Kaliningrad bezogen seien, abgestimmt werden.

Abschließend bemerkt AL Kindsmüller, dass für die Landesregierung die Kooperation mit Kaliningrad ein wichtiger Eckpfeiler für die Ostseekooperation darstelle. Man könne sagen, Kaliningrad stelle eine Achillesferse dar, sei aber auch eine Chance. Eine Ostseekooperation könne nur so stark sein, wie Kaliningrad in die Kooperation mit einbezogen werde. Das sei der Hauptgrund für die Landesregierung, diese Kooperation multilateral und bilateral zu verstärken.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer schlägt vor, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 14. Juni 2000 das Thema Kaliningrad zum einen im Zusammenhang mit der Vorlage des Ostseeberichtes und zum anderen im Zusammenhang mit der Auswertung der Explorationsstudie des SCHIFF wieder aufnehmen solle. Außerdem müsse Kaliningrad zu einem ständigen Thema des Ausschusses werden, das immer wieder aufgegriffen werden solle.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Terminplanung des Europaausschusses

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, folgende Sitzungstermine für das Jahr 2000 festzulegen:

- Mittwoch, 31. Mai 2000
- Mittwoch, 14. Juni 2000
- Montag, 10. Juli 2000 (unter Vorbehalt)
- Mittwoch, 6. September 2000 (unter Vorbehalt)
- Mittwoch, 11. Oktober 2000
- Mittwoch, 8. November 2000
- Mittwoch, 6. Dezember 2000

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Mitglieder des Ausschusses beschließen, zur Conference on Baltic Sea Youth Co-Operation vom 15. bis 18. Juni 2000 in Lübeck als Vertreter des Europaausschusses den Vorsitzenden, Abg. Fischer, und Abg. Lehnert zu entsenden.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder

Geschäfts- und Protokollführerin



Dr. Rainer Pelka
Direktor

24988 Sankelmark
Tel: 04630 55 100
Fax: 04630 55 199
eMail: pelka@foni.net

5. Mai 2000
dokument1

Europäische Akademie Schleswig-Holstein

Am 3. Mai 1999 hat im Norden Deutschlands ein neues „Haus für Europa“ seine Pforten geöffnet. Die ehemalige Europa-Akademie in Leck und die traditionsreiche Akademie Sankelmark sind an diesem Tag formell zur *Europäischen Akademie Schleswig-Holstein* verschmolzen, einem neuen europäischen Bildungszentrum, das seine Ausstrahlung in den gesamten Ostseeraum haben wird.

Die Arbeit des neuen europäischen Bildungszentrums ruht auf drei Säulen: der *Europa-Akademie*, der *Europäischen Justiz- und Rechtsakademie des Nordens* und der *Europäischen Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten*.

Jeder der drei Arbeitsbereiche hat ein klar formuliertes Konzept:

Die *Europa-Akademie* konzentriert sich darauf, in ihren Informations- und Bildungsveranstaltungen

- das Kennenlernen von Kultur, Wirtschaft, Politik und Alltagsleben europäischer Nachbarstaaten, insbesondere im Ostseeraum und in Skandinavien zu fördern,
- über die Auswirkungen gesamteuropäischer Regelungen und Entscheidungen zu informieren und
- die Arbeits- und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union und des Europarates bekannt und durchschaubar zu machen.

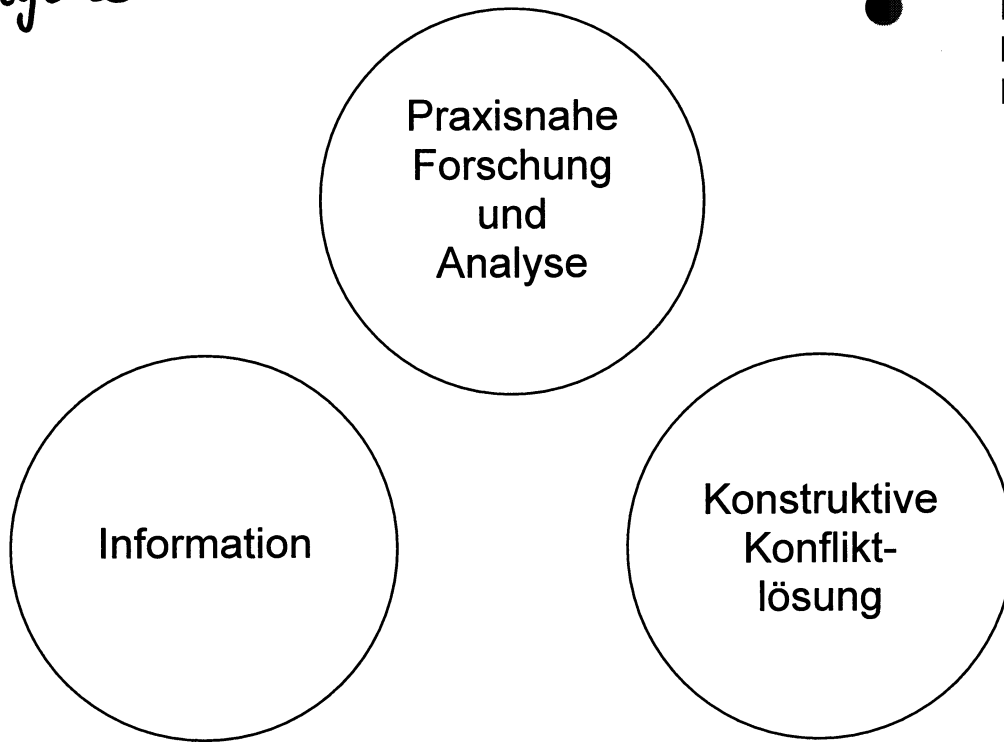
In diesem Arbeitsbereich setzt das neue europäische Bildungszentrum die Bildungsarbeit fort, die ihre beiden Vorläufer in der Vergangenheit bereits erfolgreich etabliert haben.

Neu hinzu kommt die *Europäische Justiz- und Rechtsakademie des Nordens*. Sie wendet sich speziell an Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte, Wirtschafts- und Verwaltungsjuristen und bietet ihnen Fachseminare über das Europa- und Gemeinschaftsrecht und über das nationale Recht der Länder im Ostseeraum an. Einmal im Jahr stellt die Rechtsakademie außerdem in einem internationalen Symposium aktuelle rechtspolitische Entwicklungen in der Europäischen Union und im Ostseeraum zur Diskussion, um den Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Entscheidungsträger über die Grenzen hinweg zu fördern.

Die dritte Säule des neuen europäischen Bildungszentrums ist die *Europäische Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten*. Dieses Arbeitsfeld steht in einer engen Beziehung zur Situation in Schleswig-Holstein: Nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze leben nationale Mehrheiten und Minderheiten auf engem Raum zusammen. Hinzu kommen die Friesen als eigenständige Volksgruppe. In diesem Umfeld hat sich die zentrale

Interessenvertretung aller europäischen Volksgruppen und Minderheiten, die FUEV, angesiedelt und zusätzlich ein spezielles Forschungsinstitut, das European Centre for Minority Issues (ECMI). Gemeinsam mit diesen Organisationen wird die Minderheitenakademie Entscheidungsträger und Wissenschaftler über Minderheitenprobleme und erfolgreiche Lösungsansätze informieren.

Dieses „Drei-Säulen-Modell“ der neuen Europäischen Akademie Schleswig-Holstein ist im Norden Deutschland und in den skandinavischen Ländern auf viel Zustimmung gestoßen, seit der heutige Vorstandsvorsitzende Dr. Jürgen Schöning das Konzept 1997 zum ersten Mal in der Öffentlichkeit vorstellte. So viel Zustimmung, daß sich am Trägerverein sowohl deutsche als auch dänische Institutionen beteiligen, ein bisher einmaliger Vorgang in der immer noch sensiblen deutsch-dänischen Grenzregion. Bei der Eröffnungsfeier nahmen deshalb nicht nur der Europaminister und die Bildungsministerin aus Schleswig-Holstein teil, sondern auch der dänische Generalkonsul der höchste Repräsentant der Kommunen im südlichen Dänemark.



Praxisnahe Forschung und Analyse

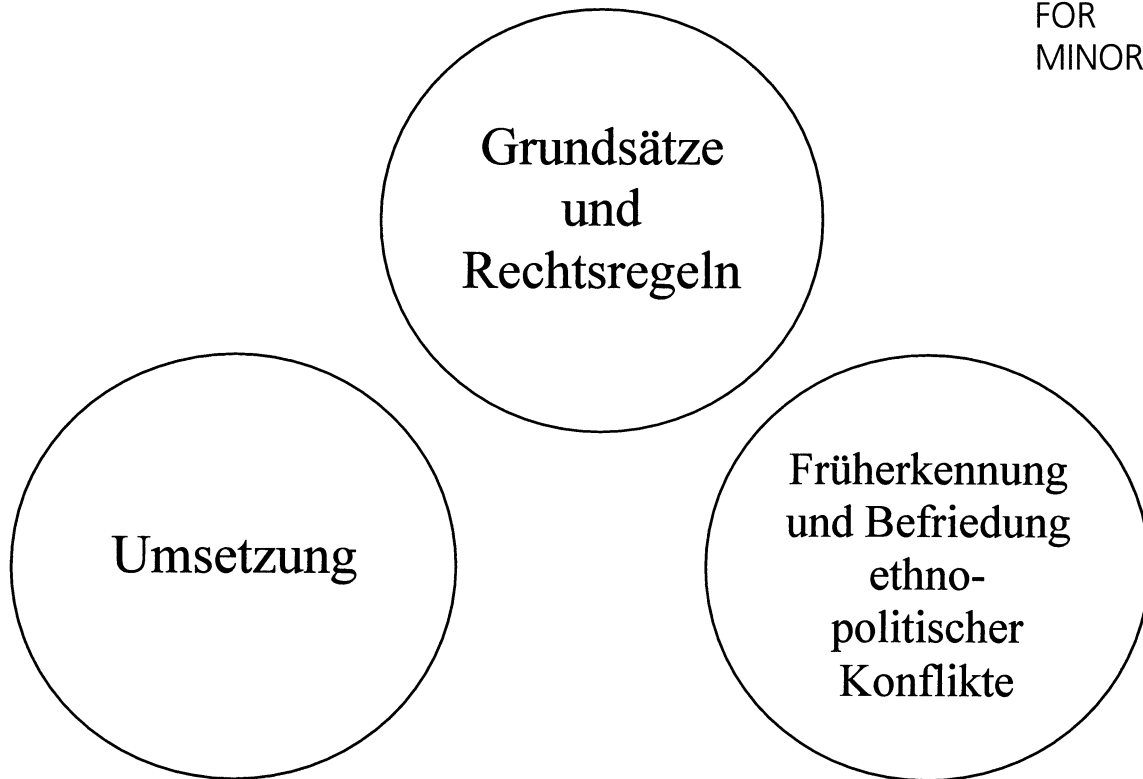
- ECMI dient Regierungen, Organisationen, nicht dominanten Gruppen in Europa und der Öffentlichkeit
- ECMI verfügt über wissenschaftliche Experten, die sowohl fachlich (Recht, Wirtschaft, Soziologie, Politische Wissenschaften, etc.) alle relevanten Gebiete abdecke, deren Spezialwissen sich aber auch zugleich im geographischen Sinne auf viele Regionen Europas erstreckt
- ECMI führt keine Grundlagenforschung durch, aber vermittelt und verbindet deren Resultate in praxisrelevanter Weise; dabei greift es auch insbesondere auf die Erfahrungen der deutsch-dänischen Grenzregion zurück
- ECMI betreibt praxisnahe Forschung auf eigene Initiative, oft in Kooperation mit anderen Institutionen, oder führt von aussen an das Centre herangetragene Projekte durch
- Zusätzlich zur praxisnahen Forschung erstellt ECMI auch sehr konkrete Analysen mit bezug auf spezifische Themen, Regionen oder Konflikte

Information

- ECMI baut eine umfassende *website* zu ethno-politischen Spannungen und Konflikten in Europa auf und beteiligt sich am Aufbau einer internationalen Datenbank zu Minderheitenfragen
- ECMI unterhält eine öffentlich zugängliche Spezialbibliothek und gibt bibliographische Informationen heraus
- ECMI beantwortet Anfragen und steht den Medien als Anlaufstelle zur Verfügung
- ECMI beteiligt sich an Seminaren und Veranstaltungen zur Weiterbildung, insbesondere von Vertretern von Regierungen, internationaler Organisationen und Minderheitengruppen

Konstruktive Konfliktlösung

- ECMI hat ständige Kontakte zu Spannungsregionen und bemüht sich um Frühwarnung und frühe Vermittlung von Lösungsvorschlägen
- ECMI bietet durch Seminare in Krisenregionen, oder für Teilnehmer aus Krisenregionen, Kontaktmöglichkeiten in neutraler Atmosphäre, und bemüht sich um nachhaltige Umsetzung von den dabei erarbeiteten Lösungsvorschlägen
- ECMI übt eine Beraterfunktion für Regierungen, internationale Organisationen und Minderheitengruppen aus
- ECMI hat ein besonderes Interesse an ethno-politischen Spannungen und von internationalen friedenserhaltenden Massnahmen



Grundsätze und Rechtsregeln

- Universelle Menschenrechte, europäischer Menschenrechtskatalog
- Rechtsrahmen des Europarates (Frame-work Convention, Language Charter)
- Bilaterale Übereinkommen
- Verfassungsbestimmungen
- Friedensabkommen

Umsetzung

- Analyse der Effektivität der an die Rechtsregeln angeschlossenen Umsetzungsmechanismen
- Analyse der Praxis von Regierungen und Gruppen in der Anwendung der Rechtsregeln
- Erarbeitung von Vorschlägen, die eine vollständigere Umsetzung erleichtern könnten
- Analyse der Kosten und Effizienz einzelner Programme

Früherkennung und Befriedung ethno-politischer Konflikte

- Gezielte Beobachtung von Spannungsregionen
- Ständige Kontakte mit Vertretern von Regierungen und Gruppen in Spannungsregionen
- Seminare und Kolloquien mit Konfliktparteien vor Ort und auf 'neutralem' Gebiet um einen unbelasteten Dialog zu ermöglichen
- Nachhaltiges Begleiten des Dialogprozesses und der Umsetzung von erarbeiteten Lösungsmodellen
- Unterstützung von internationalen friedenserhaltenden Massnahmen in Krisenregionen

ECMI-Porträt

Das "European Centre for Minority Issues" (ECMI) ist ein unabhängiges interdisziplinäres Forschungs- und Beratungszentrum für Minderheiten-Fragen in Europa in Form einer Stiftung des Privatrechts. Im Dezember 1996 wurde es von der Regierung des Königreiches Dänemark, der Bundesregierung und der schleswig-holsteinischen Landesregierung durch Staatsvertrag gegründet. Das ECMI beschäftigt heute 10 Mitarbeiter, davon 5 Wissenschaftler verschiedener Nationen und Fachrichtungen darunter Historiker, Soziologen, Juristen und Politologen.

Finanziert wird das Zentrum von den drei Stiftern und durch projektbezogene Drittmittel. Für die ersten drei Jahre erfolgte eine Förderung durch das INTERREG II-Programm der EU.

Anlaß für die Gründung des ECMI war die entstehenden Konflikte durch Nationalismus infolge der Auflösung überkommener politischer Ordnungen, die zu einer der zentralen Fragen der europäischen Friedensordnung geworden ist. Es geht dabei um die Bedingungen, die die Menschen von unterschiedlicher Nationalität, Religion, Kultur und Sprache in einem "europäischen Haus" friedlich und gleichberechtigt sowie in ihren jeweiligen Rechten gesichert koexistieren lassen.

Die Wahl des Standortes Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze verdeutlicht den Modellcharakter dieser Region in Fragen der Konfliktbewältigung.

Schwerpunkte der Tätigkeit des ECMI sind neben der wissenschaftlichen Aufbereitung spezifischer Fragestellungen auch die Beratung von Minderheiten und Mehrheiten bei Umsetzungsfragen im Rahmen von Maßnahmenkatalogen, sowie die Information der Öffentlichkeit, was zur Entspannung ethnologischer Konflikte und dem Schutz und der Förderung von Minderheiten in Europa beitragen soll.

Konferenzen, Seminare und Vorträge sowie die Publikationen des ECMI, u.a. auf der eigenen Website (<http://www.ecmi.de>), bilden somit den Hauptteil der Aktivitäten. Das ECMI veranstaltet Treffen, bei denen es die Konfliktparteien an einen Tisch bringen möchte. Weder von vornherein für die Minderheit noch für eine Mehrheit oder Regierung zu sprechen ist die Chance, Bewegung in eine festgefahrene Situation zu bringen. Ort dieser Treffen ist nicht nur Flensburg, sondern die nähere deutsche und dänische Umgebung, sowie auch die jeweiligen Regionen. Die Einbeziehung der vorhandenen Institutionen der deutsch-dänischen Minderheit ist von der Gründungskommission besonders erwünscht, da die fast vollständig erreichte Konfliktlosigkeit als Beispiel für die Konfliktregionen dienen soll. So fand z.B. bereits im September 1997 ein ECMI-Seminar in Flensburg und Bjerremark (Dänemark) statt, daß bei der Suche nach Friedenslösungen im Transnistriengebiet der Republik Moldau (Moldova) helfen sollte.

Im Sommer 1998 fand eine ECMI-Konferenz zur Implementierung der Rahmenkonvention zum Schutze nationaler Minderheiten des Europarates statt. Tagungsort war in diesem Fall die dänische Dubog-Skolen in Flensburg.

Ein weiteres beispielhaftes Projekt ist die Zusammenarbeit mit der Højskolen Østersøen in Aabenraa (Dänemark). So wurden die internationalen Minderheitenkurse der Sommerschule der Højskolen Østersøen der Jahre 1997 und 1998 maßgeblich vom ECMI unterstützt.

Für weitere Informationen über das "European Centre for Minority Issues" steht allen Interessierten die ECMI Homepage im Internet unter <http://www.ecmi.de> zur Verfügung.

EUROPEAN CENTRE FOR MINORITY ISSUES (ECMI)
Schiffbruecke 12 (Kompagnietor Building) D-24939 Flensburg
Phone +49-(0)461-14 14 9-0 Fax +49-(0)461-14 14 9-19
info@ecmi.de <http://www.ecmi.de>

Anlage 3

Umsetzung des Memorandums über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma

Datum

Aktivität

31. Januar 2000

Unterzeichnung des Memorandums in Kaliningrad

1. Dezember 1999

Auftragsvergabe für eine Explorationsstudie Kaliningrad: „Identifikation der am Aufbau eine Zivilgesellschaft in Kaliningrad beteiligten Akteure, Potentiale für Kooperationsprojekte“
 Auftragnehmer: SCHIFF, Auftraggeber: Schleswig-Holsteinischer Landtag
 Vorlage eines vorläufigen Zwischenberichts am 2. Mai 2000

19. Januar 2000

„Städtebau- und Regionalplanungsprojekt Kaliningrad“

Im Rahmen des gemeinsam von der Landtagsverwaltung und dem Europaministerium entwickelten Projektfindungswshops im November 1999 in Kaliningrad wurde von russischer Seite u.a. ein “Städtebau- und Regionalplanungsprojekt Kaliningrad“ vorgeschlagen. Als potentieller Projektpartner wurde die Partnerstadt Kiel ins Auge gefasst.

LP lädt am 19.1. Vertreter der Landeshauptstadt Kiel zu einem Gespräch ein, um

- den Kontakt der beiden Partnerstädte in dieser Angelegenheit herzustellen,
- die Bereitschaft der Landeshauptstadt Kiel, als Partner an dem Projekt mitzuwirken, zu sondieren.

Gesprächsteilnehmer:

LP, L

Stadt Kiel: Stadtpräsidentin Cathy Kietzer, Stadtbaurat Klein-Knott, Stadtrat Schirmer, AL Stademann,

- Architekt Julius Ehlers,
AL Werner Kindsmüller, MJBE,
31. Januar 2000 **Gründung einer parlamentarischen Gesellschaft**
Dr. Magnus Staak , Geschäftsführer der parlamentarischen Gesellschaft Schleswig-Holstein, führt erste Gespräche mit den Kaliningrader Partnern (Hintergrund: Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der Parlamentarischen Gesellschaft am 10. Januar 2000, Vermerk von Dr. Magnus Staak über die Unterstützung der Gründung u. Zusammenarbeit von Parlamentarischen Gesellschaften)
- Februar 2000 **Öffentlichkeitsarbeit**
„Parliamentary Partnership - Schleswig-Holstein and Kaliningrad sign cooperation agreement“, Baltinfo No 27, Februar 2000
- Februar 2000 **Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen**
Umfrage der Europ. Bewegung Schleswig-Holstein bei deren Mitgliedern über bestehende Kontakte zu Kaliningrader Partnerorganisationen
- Februar 2000 **training on the job** von Herrn Rechtsanwalt Jury Vladimirovich Schitikov, Mitglied des Präsidiums der Anwaltskammer in Kaliningrad und Spezialist im internationalen Wirtschafts- und Handelsrecht, in der Kieler Kanzlei der Rechtsanwalts-Sozietät Johansson-Lehmann-Geiersberger
- März 2000 Veräußerung der **Stühle aus dem Plenarsaal: Spendenaktion** i.H.v. rd. 20 000 DM zugunsten des Fördervereins für „Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad“
9. März 2000 **Behinderungen bei der Zollabfertigung von Hilfsgütertransporten für den Oblast Kaliningrad;**
Gesprächsrunde auf Einladung von LP;

Teilnehmer: LP; Abg. Claus Ehlers; Victor S. Butyaev, Generalkonsul der Russ. Föderation; Ernst Johansson, Präsident der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein; Marie-Alix, Herzogin zu Schleswig-Holstein und Ehrenpräsidiumsmitglied des DRK; Bernd Gillert, Oberkirchenrat, Nordelb. Evg. Luth. Kirche; Axel Stange, verantwortlich f.d. DRK Transporte, Hans-Werner Toop, Leiter der Kommunalaufsicht RD-Eck u. Leiter der Kreis-AG Gerdauen (Oblast Kaliningrad); L, L 110, L321

Um vermittelnd tätig zu werden, bittet der russische Generalkonsul, ihm die russischen Partnerorganisationen zu benennen.

13. März 2000

Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Malmö

LP unterrichtet die Mitglieder des Standing Committee über das bestehende Abkommen zur parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Kaliningrader Gebietsduma

24. März 2000

Agrarwissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der CAU Kiel und der Kaliningrader Staatlichen Technischen Universität

Gesprächsrunde auf Einladung von LP

Teilnehmer: LP; Prof. Dr. Ernst Kalm, Agrarwissenschaftliche Fakultät, Institut für Tierzucht und Tierhaltung der CAU Kiel, Prof. Dr. Herbert Hanus, Agrarwissenschaftliche Fakultät, Institut für Pflanzenbau der CAU Kiel, Dr. Martina Schmude, Leiterin des Akademischen Auslandsamtes der CAU Kiel, Abg. Claus Ehlers, Werner Kindsmüller, MJB, II 4; Dr. Jürgen Trede, MLR, VIII 34; Bernhard Lass, Landwirt u. GF einer Agrargemeinschaft in Kaliningrad; L, L 321

Ein erster Entwurf für ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Fakultäten Kiel / Kaliningrad wird am 17.4. vorgelegt. Die CAU Kiel plant, vom 16.-18.06. eine Studentenexkursion nach Kaliningrad durchzuführen. Anlässlich dieses Besuches soll die mündliche Abstimmung des Kooperationsentwurfs erfolgen.

Sofern erforderlich wird LP zu einer zweiten Gesprächsrunde einladen (voraussichtlicher Termin: 10. Juli 2000).

Zukünftige Aktivitäten (in Planung)

10. Mai 2000

Spendenaktion für Kaliningrad: Organisation Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Schirmherrschaft LP

Für die Dauer einer Woche soll ein Spargelessen für 5 DM in der Kantine des Landeshauses angeboten werden. Der Erlös kommt über den Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad e.V. der Errichtung einer hofeigenen Meierei in Tschistyprodi (Rominterheide) zugute. Die Meierei wird u.a. zur besseren Versorgung eines Kinderheimes mit Milchprodukten beitragen.

19. Juni 2000

Kieler-Woche-Gespräch zu dem Thema „Die Nördliche Dimension - Signal für eine neue Partnerschaft zwischen der EU und Russland“.

Referenten:

Dr. Heinz Timmermann, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche u. internationale Studien, Leiter der Forschungsbeziehungen „Außen- und Sicherheitspolitik der GUS Staaten“

Dr. Arthur I. Kuznetsov, Ständiger Vertreter der Russischen Föderation in dem Oblast Kaliningrad

18. - 26. November
2000

Seminar für Mitarbeiter der Kaliningrader Gebietsduma

Organisation: Schleswig-Holsteinischer Landtag

24. November 2000,

Kaliningrad-Forum des Schleswig-Holsteinischen Landtages

nachmittags